

Bezugspreis\*) monatl. Nr.  
bei der Geschäftsst. 6 700 000  
beiden Ausgaben. 7 000 000  
durch Zeitungsab. 7 300 000  
durch Post. 7 486 000  
einschl. Postgebühren  
ins Ausland 11 000 000 p. Nr.  
in deutscher Währg. nach Kurs.

\*) Obige Preise gelten als Grund-  
preise. Verlag und Post haben das  
Recht, bei weiterer Geldentwertung  
eine Nachforderung zu erheben.

Verzinspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erstein  
an allen Verlagen.  
Anzeigenpreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerh. d.  
Polens 100 000 M.  
Reklameteil 250 000 M.  
\*) Sonderplatz 50% mehr  
\*) Reklameteil 250 000 M.  
\*) in deutscher Währg. nach Kurs.  
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Polen.  
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die polnischen Arbeiter in Deutschland und die deutschen Oplanten in Polen.

Die hiesige polnische Presse hat Anfang Dezember v. Js., z. B. der „Kurjer Poznański“ in seiner Nummer 278 vom 5. Dezember 1923, einen von dem Herrn Wojewoden Graven Bniński, dem Stadtpräsidenten Katakowski und anderen offiziellen Persönlichkeiten Posens unterzeichneten Aufruf betr. Spenden für die arbeitslosen polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet veröffentlicht. In dem Aufruf wurde darauf hingewiesen, daß im Ruhrgebiet kürzlich beinahe 2000 Vergleute entlassen worden seien, die für Polen optiert haben. Da diese sich in größter Not befänden, müßten sie unterstützt werden, bis es gelungen sei, sie in französischen Gruben unterzubringen.

Da die von polnischer Seite aufgestellte Behauptung, daß Deutschland polnische Oplanten ausweise bzw. aus ihren Arbeitsstellen verdränge, um sie so zur Auswanderung zu zwingen, in der polnischen Presse immer wieder wiederholt wird und zur Grundlage von Resolutionen des polnischen Westmarkenvereins und ähnlicher Vereinigungen gemacht wird, um auf die Regierung in Warschau einen Druck dahin ausüben, die hiesigen deutschen Oplanten auszuweisen, haben wir im Ruhrgebiet genaue Erkundigungen eingezogen und folgendes einwandfrei feststellen können:

Bei der allgemeinen, jedoch rechtsumwirksamen Kündigung der Vergarbeiter des Ruhrgebietes am 15. November wurde, wie uns ausdrücklich versichert worden ist, kein Unterschied in der Nationalität der Vergleute gemacht. Rechtsgültige Kündigungen mit nachfolgender fristgerechter Entlassung unter Aushändigung der Abheerpapiere sind nur in verhältnismäßig geringem Umfang erfolgt. Auch hierbei spielte die Nationalität keine Rolle. Die entlassenen Vergarbeiter wurden im November und Dezember, und zwar ebenfalls ohne jede Rücksicht auf ihre Nationalität, der Erwerbslosenfürsorge zugeführt. Zur Zeit können überschlägig zwischen 50 und 60 v. H. der Belegschaften wieder beschäftigt werden. Leider zwingt der durch die französische Eisenbahnregie, die, wie ja auch von seiten der interalliierten Ausschüsse festgestellt, in keiner Weise imstande ist, den von ihr geraubten Eisenbahnbetrieb zu bewerkstelligen, verursachte ständige große Eisenbahnwagenmangel immer von neuem zur Einlegung von Feierlichkeiten.

Die Wiedereinstellung der gesamten früheren Belegschaft ist unter den infolge der französischen Besetzung völlig veränderten Verhältnissen zum großen Schaden von Deutschland nicht möglich. Vielmehr müssen nach einer Aufstellung des Bechenverbandes rund 100 000 Vergarbeiter von Wiedereinstellung ausgeschlossen werden. Ein großer Teil der hierfür in Betracht kommenden Arbeiter ist bereits wieder abgewandert, z. B. die aus dem Lippeischen stammenden Leute.

Die Bechen stellen, wie festgestellt, gerade die polnischen Vergarbeiter gern wieder ein, da diese meistens in der eigentlichen Kohlegewinnung, also rein produktiv tätig und in der Regel fleißige und willige Vergarbeiter sind. Die polnischen Vergleute sind übrigens nicht gleichmäßig über alle Gruben des Industriebezirkes verteilt, sondern wohnen zusammengeballt in einzelnen Bezirken, besonders in Recklinghausen, Herne, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Essen, Oberhausen und Hamborn. Vor dem Kriege gab es dort nachgewiesenermaßen mehr als 20 Bechen mit mehr als 50 v. H. polnischer Belegschaft. Für diese Bechen würde es selbstverständlich überhaupt nicht möglich sein, zur Entlassung ihrer polnischen Arbeiter überzugehen, ohne ihre Betriebe zu erschüttern. Schon aus diesem Hinweis folgt die Unrichtigkeit der Tendenz des polnischen Aufrufs. Tatsächlich sind, wie nochmals einwandfrei festgestellt wird, keine Polen aus dem Grunde entlassen worden, weil sie etwa für Polen optiert haben. Die polnischen Vergarbeiter haben eben, wie ihre deutschen Kameraden, unter der Not der Zeit zu leiden, einer Not, die gerade in dem hochindustriellen Ruhrgebiet nur durch die zerstörende französische Politik des Ruhereinbruchs hervorgerufen ist.

Auf Anraten umherreisender französischer Agenten sind manche Vergarbeiter, und zwar gerade die polnischen, in die französischen Gruben (Nordfrankreich) abgewandert. Daß sie dort nicht das ihnen versprochene gelobte Land gefunden haben, ist aus den auch in der polnischen Presse oft veröffentlichten Berichten aus Frankreich bekannt. Die polnische Abwanderung in das französische Bergbauggebiet hat daher nicht nur sehr nachgelassen, sondern nach Mitteilungen aus dem Sauer Bezirk haben viele polnische Vergarbeiter auf Grund der Enttäuschungen, die sie in dem verhängnisvollen Frankreich erlebt haben, vorgezogen, nach dem für sie immer noch gastlicheren Deutschland zurückzukehren.

## Ablehnende Antworten der Regierung auf Anfragen deutscher Sejmabgeordneten.

1.  
Ministerium des Innern Nr. Pr. 16 895.  
Warschau, den 19. November 1923.  
Betr. die Interpellation der Abg. Daczko und Gen. in der Angelegenheit der Verfügung des pommerellischen Wojewoden über die Ausweisung von Personen deutscher Nationalität aus Graudenz und Thorn.

An den  
Herrn Marschall des Sejms der Republik Polen.  
In Beantwortung der Interpellation vom 12. Oktober 1923 der Abg. Daczko und Genossen in der Angelegenheit der massenhaften Ausweisungen staatenloser Personen deutscher Nationalität aus Graudenz und Thorn habe ich die Ehre, im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und soziale Fürsorge folgende Ausführungen zu geben:

Die Polizeiverfügung des pommerellischen Wojewoden N. III b. 1248/22 vom 8. 4. 22 stützt sich tatsächlich auf § 6 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 8. 1850 und § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883. Der § 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 8. 1850 (Gesetz über die Polizeiverwaltung G.-S. 265) spricht von den Befugnissen der Regierungspräsidenten, was insoweit in Betracht kommt, nicht „Präsidenten“ (Regierungspräsidenten), sondern „Präsidenten“ (Präsidenten des Regierungsbezirks). Die Befugnisse der Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten wurden auf die Herren Wojewoden übertragen (Gesetz vom 1. 8. 1919 über die vorläufige Organisation der Verwaltung des fr. preuß. Teils). (Vgl. U. A. R. Nr. 64, S. 383, Art. 8.)

Daß sich der pommerellische Wojewode auf § 6 Punkt e des Gesetzes über die Polizeiverwaltung stützt, war berechtigt. Diejenigen polnischen Staatsbürger, die für Deutschland optiert hatten, ipso facto die polnische Staatsbürgerschaft verloren hatten.

Aus demselben Grunde liegt kein Anlaß vor zur Berufung auf § 1 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. 11. 1867 B.-G. Bl. 55, da der angeführte Paragraph sich ausschließlich auf Staatsbürger des polnischen Staates bezieht.

Das Asylrecht kann Anwendung finden nur für Ausländer, die sich auf das Gebiet des polnischen Staates gerettet haben aus Furcht, durch einen ausländischen Staat zur Verhaftung gezwungen zu werden für politische Übertretungen, kann aber nicht auf die deutschen Oplanten angewendet werden.

Die in der Interpellation angeführten Beispiele können keinen Einfluß haben auf eine Änderung der Verfügung des Herrn Wojewoden von Pommerellen, weil diese rechtlich begründete Verfügung keine schädliche Rückwirkung auf die Interessen der polnischen Bürger deutscher Nationalität hat, sondern ausschließlich die Aus-

länder betrifft, denen der polnische Staat den Aufenthalt in seinem Gebiet ohne irgendwelche Beschränkungen nicht zu gestatten braucht. Die im Punkt 3 der Interpellation ausgesprochene Forderung braucht nicht in Erwägung gezogen zu werden, da das von den mir unterstellten Behörden bisher geübte Verfahren mit den bestehenden Gesetzen nicht in Widerspruch steht.

Der Minister.  
Bemerkung der Deutschen Fraktion: Es bleibt den Betroffenen überlassen, ihr Recht durch Einbringung einer Klage bei dem Obersten Verwaltungsgerichtshof (Rajonowy Trybunał Administracyjny) in Warschau geltend zu machen.

2.  
Ministerium des Innern.  
Nr. Pr. 399.  
Warschau, den 17. Januar 1924.  
In der Angelegenheit der Intervention der Abgeordneten der Deutschen Vereinigung betr. die Requisition der Räume der Diakonissenanstalt in Gdanie Piatkowo.

An die  
Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat der Republik Polen, Sejmsgebäude.  
In Beantwortung des Schreibens vom 26. September 1923 in der Sache der Befreiung der Wohnräume in Gdanie Piatkowo von der Requisition, habe ich die Ehre, folgendes mitzuteilen: Weil die Schließung der Baracken in Gdanie und Rakaj bei Posen aus sanitären und baupolizeilichen Rücksichten zu Wohnzwecken erfolgt ist, hatte der Herr Wojewode keine Unterkunft für 200 Familien von Rückwanderern aus Deutschland. Um für diese Familien Unterkunft zu sichern, gab der Wojewode eine Verfügung an die Starosten, damit in jedem einzelnen Kreise die nicht gehörig ausgemieteten Wohnungen aufgesucht und für die Rückwanderer beschlagnahmt wurden. Anfolge der obigen Verfügung, die auf Grund des § 10 Titel 17 Teil II des Allgemeinen Landrechts angesetzt wurde, wurden u. a. zwei Wohnungen in der Diakonissenanstalt in Gdanie Piatkowo beschlagnahmt.

Wenn ich den völligen Mangel freier Wohnungen in der Wojewodschaft Posen, wie auch den immer größeren Zustrom von Familien polnischer Oplanten in Erwägung ziehe, so sehe ich keinen Anlaß, abweichende Verfügungen zu erlassen in Angelegenheit der Bitte des Vorstands der Diakonissenanstalt in Posen vom 12. September 1923 um Befreiung von der Requisition der für Rückwanderer beschlagnahmten Wohnungen in Gdanie Piatkowo.

Der Minister.  
(—) Sołtan.

## Wer stört die Sanierung der Finanzen?

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Es steht nun fest. Weder der Hochadel in Polen, noch die polnischen Besitzer von Ländereien haben Aktien für die Polnische Bank gezeichnet. Man konnte dies für einen Zufall halten. Es ist aber kein solcher. Auch die kleineren Grundbesitzer halten sich von der Zeichnung zurück und was noch entscheidender ist, sie weigern sich unter allerhand Vorwänden, die Vermögensabgabe zu zahlen. Die Industriellen, so schreibt der „Kurjer Poranny“, um ein gleiches. Sie jucken auf die Regierung zu, um Steuererleichterung und Kredite zu erhalten und sie jucken inzwischen ihre Fabriken. So wird von diesen wahrhaften Patrioten, vor allem von den Bauern, die so gerne allem Deutschen im unterländischen Interesse und in dem ihres Grundbesitzes, den kleinsten Feinden Land wegnehmen möchten, die wichtige Arbeit der Regierung, eine Arbeit, von der das Wohl und Wehe des Staates im ureigentlichen Sinne des Wortes abhängt, unterstellt. Dazu kommt noch der Beginn einer gemeinschaftlichen Wühlerei der Parteien und der Rechtsgruppen gegen das Kabinett Grabski, weil ihrem Parteienjalousie aus der neuen Kriegsminister Sikorski nicht behagt. Um versuchen die Bauerngruppen der Linken, also die Wyzwolenie und die aus der Parteilicheit ausgeschiedenen, um Dabski geführten Herren, sich in den verschiedenen ehemaligen Mitgliedern der Parteilicheit zu nähern, die bei Gelegenheit des Sturzes von Witos von der Linken übergegangen sind, also der Gruppe des Herrn Wyl. Die beiden Gruppen haben einen Aufruf an die Wyzwolenie gerichtet, in dem den Wyzwolenen und Herrn Witos Verrat der bauerlichen Sache vorgeworfen wird, weil sie sich der Rechten angeschlossen haben. Man kann wohl annehmen, daß diese Aufforderung an die Wyzwolenen ein geeignetes Ohr bei ihnen finden wird. Dann haben wir einen starken Linken im Sejm,

und es sollte Wunder nehmen, wenn Links und Rechts wirklich die Geduld aufbringen würden, mit dem Ausbruch des Kampfes zu warten, bis Herr Grabski die Finanzsanierung beendet hat.

## Ministerpräsident Grabski über die wirtschaftliche Lage.

In der Sonnabend-Sitzung des Wirtschaftsrates erklärte Ministerpräsident Grabski, daß nach Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten das Hauptaugenmerk der Regierung auf die wirtschaftlichen Fragen gerichtet sei, um so mehr, als eine Stabilisierung der Valuta gewöhnlich mit einer Krise in der Industrie und einer Preiskrise verbunden ist. In der Vorperiode der Stabilisierung ist ein Preisrückgang notwendig. Es fragt sich, welche Preise als normal zu betrachten sind. Die Regierung erwägt jetzt diese Frage für Landesprodukte, Kohle und Eisen und beabsichtigt, auf den Preisindex mit Hilfe der Zoll- und Steuerpolitik einzuwirken. Die bisherigen Maßnahmen haben schon erwünschte Resultate gezeigt. Die Lage in der Industrie hat sich nach der Kohlenpreismäßigung gebessert. Eine weitere Herabsetzung um 20 v. H. muß mit Rücksicht auf die Weltkonjunktur eintreten. Die Vertreter der Landwirtschaft verlangten Gleichsetzung der Getreidepreise mit den Vorkriegspreisen. Jedoch kam die Mehrheit der Konferenzteilnehmer dahin überein, daß eine Politik niedriger Preise für Landesprodukte in der Übergangszeit notwendig sei. Mit Anerkennung wurde die Politik der Regierung auf dem Gebiete der Kohlen- und Eisenpreise begrüßt.

## Sejm-Sitzung vom 22. Februar.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Vor ziemlich leerem Saale wird immer noch über das Mietengesetz verhandelt. Es ist interessant, und der Sozialist Pużat machte besonders darauf aufmerksam, daß das neue Mietengesetz freiwillige Abkommen zwischen Vermieter und Mieter voraussetzt. Es fehlt vollkommen richtig auseinander, daß dies lediglich bedeutet, daß man die Mieter in eine erste und in eine zweite Klasse einteilen werde. Wie ist es denn heute? Es bestehen allgemeine Normen für die Mieten, aber kein Mensch kümmert sich um sie. Es herrscht eine derartige Wohnungsnot, daß sich die Vermieter die unglaublichen Wucherpreise zu nehmen gestatten können. Es werden in Warschau zum Verkauf von zwei Zimmern gegenwärtig 1500 Dollar bezahlt und für jedes weitere Zimmer verlangt der glückliche Wohnungsmieter, der in der Lage ist, ein paar Zimmer abtreten zu können, noch weitere 1000 Dollar mehr. Der Mieter erhält natürlich keine Abkündigung für den bezahlten Mietzins, der dem Vermieter gegenüber als Beweis des verübten Wuchers gelten könnte. Die Angelegenheit spielt sich ganz auf dem Wege des gegenseitigen Vertrauens ab. Und der Mieter, namentlich der Untermieter, ist ganz und gar den Wohnungs- oder Zimmerbesitzern ausgeliefert, denn die fürchterliche Wohnungsnot läßt ihm keine andere Wahl, als sich in die schlimmsten Forderungen zu schicken. Der Sozialist Sommerstein machte den Vorschlag, daß bei Wohnungen über 4 Zimmern die freie Abprache gestattet sein solle. Auch

das halten wir noch für viel zu weitgehend und erst dann für möglich, wenn wieder einmal wenigstens einigermaßen normale Verhältnisse zurückgekehrt sind. Wir fürchten, daß auch das neue Mietengesetz nicht imstande sein wird, die Mieter vor dieser Ausbeutung zu schützen, auch wenn die freie Abprache verboten wird. Richtig aber ist es geradezu, wenn der rechtsstehende Herr Sikorski von dem Recht auf Freiheit spricht, das jedem Menschen zusteht, denn wo gibt es eine Freiheit, wenn der eine sich vollkommen aus dem Leben des anderen unterordnet muß?

In der heutigen Sitzung wurde von verschiedenen Abgeordneten darauf aufmerksam gemacht, daß die vierteljährlichen Erhöhungen des Mietzinses wohl normiert seien, daß aber eine endgültige Grenze dieser Erhöhungen nicht festgestellt sei. Normalerweise schlug man vor, sie in dem Vorkriegsmietenzins zu finden.

Am Dienstag wird wohl die Verhandlung über das Gesetz zum Abschluß kommen.

1 Dollar .....	= 9300 000 Mtp.
1 Valorisationsfrank..	= 1800 000 Mtp.
1 Danziger Gulden...	= 1595 000 Mtp.
1 Goldmark .....	= 2215 000 Mtp.



## Republik Polen.

### Eine neue ukrainische sozialistische Partei.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Sechs Sozialisten der ukrainischen Gruppe haben dem Sejm ein Manifest mit dem Titel „Die ukrainische sozialistische Partei“ vorgelegt. Es war schon lange bekannt, daß die ukrainischen Sozialisten die Absicht hatten, eine besondere Gruppe zu bilden. Wir hörten bei der offiziellen Ankündigung dieses Ereignisses in den Wandeltagen freudig erregte Stimmen, die von dem Beginn der Verwirklichung des ukrainischen Sozialismus sprachen. Wir glauben, diese Freude dürfte berechtigt sein, denn wir erfahren, daß die ukrainischen Sozialisten in allen Fragen, die die Ukrainer betreffen, die unverbrüchliche Einheit mit dem Volk wahren werden, was um so leichter für sie ist, als ja auch die sozialistische Partei auf ihrer letzten Tagung sich in ihren Beschlüssen für die Rechte der Ukrainer eingesetzt hat.

### Der Eisenbahnbudgetplan für März.

Das Budget des Eisenbahnministeriums sieht für März ein außerordentliches Defizit von einigen Millionen polnischen Zloty vor, das durch die Einkünfte aus den Eisenbahnbetrieben gedeckt werden soll. Die Einnahmeseite ist mit 5,5 Millionen Zloty, die Ausgabenseite mit 12,5 Millionen veranschlagt.

### Der Verkauf der Steuerbonds in der Landesdarlehenskasse.

In der Hauptabteilung der polnischen Landesdarlehenskasse in Warschau wurden in der vergangenen Woche für folgende Summen Steuerbonds verkauft: Am Montag für 57.640 Goldzloty oder 11.857,2 Millionen Mark, am Dienstag für 140.605 Goldzloty oder 29.389,0 Millionen Mark, am Mittwoch für 206.305 Goldzloty oder 43.341,3 Millionen Mark, am Donnerstag für 255.435 Goldzloty oder 53.661,7 Millionen Mark, am Freitag für 184.825 Goldzloty oder 38.807,0 Millionen Mark, am Samstag für 232.430 Goldzloty oder 48.814,0 Millionen Mark, zusammen für 1.770.140 Goldzloty.

### Staatliche Hilfe bei elementaren Unglücksfällen.

Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat die Hilfeleistung bei elementaren Unglücksfällen in der Weise geregelt, daß sie nur einzeln und bei plötzlichem Anlaß individuell erteilt wird in nur eng begrenzten Fällen, wo die Notwendigkeit einer sofortigen materielle Hilfeleistung für den notwendigen Gebrauch (Einkauf von Lebensmitteln und notwendiger Kleidung u. a.) gegeben ist. Nicht erteilt dagegen werden grundsätzlich Darlehen oder Darlehen zum Aufbau zerstörter Wirtschaften oder zum Ankauf von Inventar. Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse aller Eigentümer von Unternehmungen, sich zum vollen Schutzwert bei Versicherungsanstalten zu versichern.

Landwirten, die durch ein elementares Ereignis geschädigt worden sind, und die zum Aufbau von zerstörten Wirtschaften Hilfe brauchen, werden Darlehen gewährt durch die staatliche Landwirtschaftliche Bank in Warschau (Państwowy Bank Rolniczy w Warszawie, ul. Traugutta 11).

### Der Kohlenpreis und der achtfundige Arbeitstag.

Der „Przedsiębiorca“ meldet, daß die Regierung an Vertreter der oberirdischen Gruben mit dem Vorschlag herangetreten ist, den Kohlenpreis weiter um 20 v. H. herabzusetzen. Die Grubenbesitzer haben unter der Bedingung der Verlängerung des Arbeitstages auf 10 Stunden zugestimmt. Die Regierung hat die Angelegenheit bis zur Regelung des Lohnstages im Bergwesen zurückgestellt.

### Die Bergarbeiter lehnen den zehnstündigen Arbeitstag ab.

In Katowice fand eine Tagung der Belegschaftsräte unter Beteiligung von 200 Delegierten Ober-Schlesiens und des Lublauer Gebiets statt. Man beschloß den achtfundigen Arbeitstag und die Arbeiter lehnen den zehnstündigen Arbeitstag ab. Die Beschlüsse wurden angenommen, in der der Vorschlag auf Verlängerung des Arbeitstages kategorisch abgelehnt wird. Den Delegierten wurde aufgetragen, Mittel zur Ausgiebigkeit der Arbeit ohne Anwendung der Lohnherabsetzung und der Vermehrung der Arbeitsstunden zu suchen.

## Wahrung der Elternrechte bei der Erziehung der Kinder.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in welchen Kinder deutscher Nationalität durch die nachgeordneten Schulbehörden polnischen Schulen überwiesen werden, weil sie die polnische Sprache nicht beherrschen. Wir geben den Eltern daher Kenntnis von der Stellungnahme des Ministeriums in dieser Frage, die uns auf unsere Interpellation vom 23. April v. J. zugegangen ist und die wir im Wortlaut folgen lassen.

**Interpellation.**  
Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentlichen Unterricht.  
Warschau, den 7. Juli 1923.  
Nr. 1275/23 S.

An den  
Herrn Sejmarschall  
Warschau.

Interpellation des Abg. Dązko und Genossen in Angelegenheit Wahrung der Elternrechte bei der Erziehung der Kinder.

Indem wir das Schreiben vom 23. April 1923 L. 501 I. betr. die Interpellation des Abg. Dązko und Genossen in der Angelegenheit Wahrung der Elternrechte bei der Erziehung der Kinder, teilt das Ministerium nachfolgendes mit:

Im Sinne der Art. 8 und 9 des Verfaßter Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 und der entsprechenden Artikel der Verfassung der Republik Polen dienen alle Schulen, sowohl öffentliche als private, mit deutscher Unterrichtssprache allein für Kinder polnischer Staatsbürger, welche der polnischen Minderheit angehören, in diesem Falle der deutschen Nationalität. Wichtig ist daher die Auffassung, daß Kinder polnischer Abstammung und polnischer Muttersprache die Schulen, welche allein für die Minderheit angelegt sind, nicht besuchen dürfen, ebenso dürfen sie nach den obigen Bestimmungen bei der Feststellung der Zahl der Kinder zur Anlegung einer öffentlichen Schule nicht in Rechnung gezogen werden.

Von dieser Erwägung ausgehend, hat die frühere Regierung von Polen durch eine Verordnung vom 3. Juni 1919 Nr. 1662/19 11 Gen., welche auch auf die Gebiete der Wojewodschaft Kommerellen ausgedehnt ist, bestimmt, daß die Aufnahme polnischer Kinder in die öffentlichen und privaten deutschen Schulen nicht gestattet ist; Ausnahmen sind nur in jedem einzelnen Falle von einer schriftlichen Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht. (Schulverordnungsblatt für die Wojewodschaft Polen und Kommerellen, Jahrgang 1920 Nr. 5/6, Beilage S. 10.)

Nach diesen Grundregeln sind die Schulleiter der deutschen Schulen verpflichtet, von den Vätern, welche ihre Kinder zur Einschulung anmelden, die Abgabe einer Erklärung zu fordern, daß sie die deutsche Nationalität sind. Falls in dieser Hinsicht es zwischen den Schulorganen und den Eltern der Kinder zu Meinungsverschiedenheiten kommt, ob die Kinder verpflichtet sind, eine polnische oder deutsche Schule zu besuchen oder auch, falls die Schulbehörden der Überzeugung sind, daß die Erklärung der Eltern nicht der Wahrheit entspricht, wird in der Regel von dem in Frage kommenden Vater eine protokollläre Erklärung gefordert, daß er deutscher Nationalität sei. Solch eine protokollläre Erklärung des Vaters über seine Nationalität wird in der Regel für ausreichend erachtet und das Kind verbleibt in diesem Falle in der deutschen Schule. Ebenso entscheidet bei Minderheiten die Nationalität des Vaters. Unter diesen Umständen sind die Eltern nicht des Einflusses bei der Wahl der Schule beraubt und die Schulbehörden bereiten keine Schwierigkeiten bei der Zuteilung der Kinder zu den Schulen nach der Nationalität der Väter oder ihrer rechtlichen Vertreter.

Falls es sich um das frühere Königreich Polen handelt, wo die festgestellten Grundregeln des Verfaßter Friedensvertrages nicht verbindlich sind, so haben auch hier die Eltern die Möglichkeit, eine entsprechende Erklärung auf Grund eines Beschlusses des Ministeriums über die Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache vom 3. März 1919 abzugeben, ob sie wünschen, daß ihre Kinder eine polnische oder deutsche Schule besuchen.

Der polnische Staat hat das moralische und formale Recht, die Anmeldungen der Kinder zu den Volksschulen im allgemeinen und zu den Schulen für die polnischen Minderheiten im besonderen zu kontrollieren, weil im Verhältnis zur Zahl der Kinder der in Frage kommenden Nationalität und Muttersprache die Erziehung und die Organisationsfrage reguliert werden muß und es darf nicht die Möglichkeit eintreten, daß Schulen mit deutscher Unterrichtssprache errichtet und unterhalten werden für die Kinder polnischer Nationalität und Muttersprache.

Auch der Verfaßter Friedensvertrag und die betreffenden Bestimmungen der Verfassung haben allein den Schutz der Minderheiten im Auge, und es stünde im Gegensatz zum Geiste und der Absicht dieser Gesetze, falls Schulen und Erziehungsanstalten für die Minderheiten, in diesem Falle für die deutsche, bestimmt, aufzufassen, daß wirklichen Zweck der Minderheiten zu dienen, durch die Aufnahme von polnischen Kindern die weitere Germanisation der polnischen Bevölkerung zum Ziele hätten.

Bei Erwägung dieser Angelegenheit müssen unparteiisch die Umstände in Betracht gezogen werden, daß in einzelnen Fällen die Folge des langjährigen Einflusses durch die verschiedensten Mittel die deutsche Bevölkerung, obwohl polnischen Stammes, verführt und noch nicht ausreichend kritisch aufgeklärt, unterliegt auch im weiteren Verlauf der gewöhnlichen und aus politischen Gründen durch gewisse Kreise geführten Agitation für die deutschen Schulen.

Die Schulbehörden, welche völlig objektiv und in Absicht auf die Wahrung mit den in Kraft befindlichen gesetzlichen Grundregeln den gesicherten Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten, müssen mit der gleichen Unparteilichkeit dieselben Grundsätze beobachten, im Verhältnis zu den polnischen Kindern.

In der Angelegenheit des Gesetzes über die Schulen der Minderheiten teilt das Ministerium mit, daß das Projekt dieses Gesetzes vorbereitet ist und zu gegebener Zeit in den Sejm eingebracht werden wird.

Der Minister.  
(—) Grynkiński.

### Interpellation

des Abg. Dązko und anderer Mitglieder der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister betr. einen Übergriff des Kreis-Schulinspektors in Neuenburg, Kr. Schw., in die Rechte der evangelischen Kirche.

Die elf evangelischen Kinder der Schule in Bierisch, Kr. Schw., erhalten seit einem Jahre keinen Religionsunterricht. Während der Erteilung des katholischen Religionsunterrichts sitzen sie als stumme Zuhörer in der Klasse. Nach den preussischen ministeriellen Verfügungen über die religiöse Versorgung der konfessionellen Minderheiten hatte die Schulbehörde die Pflicht, vor Beginn des neuen Schuljahres den Unterricht in der Weise zu organisieren, daß er mit Anfang des Schuljahres voll aufgenommen und nach der Zahl der Kinder in der vorgeschriebenen Wochenstundenzahl während des ganzen Schuljahres ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder der Minderheit ohne Unterbrechung fortgeführt wurde. Betrug die Zahl der Kinder weniger als zwölf, also vier bis elf, so mußten die Mittel zur Bestreitung der Kosten für zwei zu erteilende Wochenstunden vom Ministerium für öffentlichen Unterricht eingefordert werden. Betrug die Zahl der Kinder weniger als vier, also eins bis drei, so sorgte das evangelische Konfessionsamt durch Vermittlung der Regierung für die Aufbringung der Unterrichtskosten. Es blieb also tatsächlich kein Kind der konfessionellen Minderheit ohne einen geordneten Religionsunterricht. Diese Bestimmungen sind noch nicht aufgehoben und wurden nach der Abgabe der Anträge in anderen Fragen auch jetzt noch angewandt. Das war hier nicht der Fall. Der Kreis-Schulinspektor kümmerte sich nicht um die religiöse Versorgung der evangelischen Kinder der Schule in Bierisch. Daher sah sich der zuständige Pfarrer zur Hilfe gezwungen, etwas für die religiöse Versorgung dieser Kinder zu tun, um zu verhindern, daß sie nicht als Heiden aufwachsen. Er ordnete an, daß Pst. Schaner in Mägen, wo die meisten evangelischen Kinder ihren Wohnsitz haben, zweimal wöchentlich mit ihnen in einem Privathause Kinder Gottesdienst abhielt, und ersuchte darüber Anzeige an den Kreis-Schulinspektor in Neuenburg. Die Kinder Gottesdienste sind eine innere Einrichtung der evangelischen Kirche und tragen nicht den Charakter eines öffentlichen Unterrichts, sondern einer Erbauungsstunde. Die Lehrer und Helferinnen werden für jeden Gottesdienst durch den Pfarrer darauf vorbereitet. Der Kreis-Schulinspektor in Neuenburg hat nun, offenbar in Unkenntnis der Verhältnisse, sowohl dem Pfarrer als auch Pst. Schaner die Abhaltung der Kinder Gottesdienste in Mägen verboten. Die Verfügungen des Schulinspektors fügen wir bei. Sie entsprechen in ihrer äußeren Form keineswegs den seitens der Schulbehörden gegebenen Vorschriften und bedürfen der Reklifikation. Wir halten die Maßnahme des Kreis-Schulinspektors in Neuenburg für einen Übergriff in die Rechte der evangelischen Kirche und für eine Verletzung des Art. 118 unserer Verfassung.

Unter Bezugnahme auf die obigen Ausführungen fragen wir daher den Herrn Minister an:

1. Ist der Herr Minister bereit, zu veranlassen, daß die Verfügung des Kreis-Schulinspektors in Neuenburg aufgehoben und derselbe wegen Überschreitung seiner Amtsbefugnisse zur Rechenschaft gezogen wird?
2. Ist der Herr Minister bereit, die religiöse Versorgung der konfessionellen Minderheiten grundsätzlich zu regeln, so daß kein Kind ohne Religionsunterricht bleibt?
3. Will er anordnen, daß bei Einrichtung von Religionsunterrichtsstationen für die konfessionelle Minderheit seitens der nachgeordneten Schulbehörden die Vorschläge der Geistlichen in genügender Weise berücksichtigt werden?

Warschau, den 21. Februar 1924.

Die Interpellanten.

## Mente.

Roman von E. Dely.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlagt.)

Nun rückte Mente auf einen ermutigenden Wink ihres Begleiters auf den freien Platz am Fenster, fort von dem schabigen Menschen, dessen Kleider so dumpf und ärmlich rochen und der solch häßliche Grimassen schnitt.

„Freundlich und hilfsreich und höflich, Fräulein Mente, damit kommt man durchs Leben!“ sagte Wentstern.

Fräulein hatte er sie noch nie genannt; sie machte ein ganz verdutztes Gesicht, und er verstand auch das.

„Nun kommen wir ja nach Berlin — ja, und da ist manches anders!“

Und wieder das Rollen und Reichen und Rasteln und Vorüberfliegen. Es pochte in ihren Schläfen, es dächte sie endlos lange. Sie war noch niemals länger als eine Stunde auf der Eisenbahn gefahren; immer müder und müder wurde sie, und sie hätte Herrn Wentstern, der sich jetzt in seine Notizbücher vertiefte, gern gefragt: „Nimmst du denn gar kein Ende?“

Nach Hause dachte sie; heute war viel zu tun, drei Güte auf die Dörfer, eine Mütze für die Frau Superintendentin — das Garnieren der altmodischen Häubchen für Fräulein von Maurer — damit war die immer so eigen. Nur die Mutter selber konnte das „recht“ machen — da saßen sie sich gegenüber in der kleinen Stube, ganz wie sonst, nur ihr Platz war leer. Und um die Dämmerstunde steckte die alte Hanne den Kopf herein: „Was wegzubringen?“

Na, ob sie heute fertig würden ohne ihre Hilfe? Sie lächelte ein wenig selbstbewußt, vermessen würde man sie doch wohl. — Nun die ersten Lichter auf den Gleisen — ja, die Lampe brauchten sie auch immer früh zu Hause. Hobe, o, wie hohe Häuser — da ein mit einem Turm — wie prächtig!

„Ist das ein Schloss?“ fragte sie

„Wo, wo?“ Herr Wentstern schob seine Bücher ein und sagte nach seinen Sachen. „Hier sind nur Häuser — Wohnhäuser — wir sind in Berlin!“

„O — je!“

Da sah sie neben dem runden Manne in der Droschke und staunte noch immer, daß er sie nicht verloren hatte in dem Gewühl in der großen Halle des Bahnhofes, in die man die ganze Wilroder Kirche hineinschieben könnte, wie eine Pfanne in einen Ofen. Die vielen Gesichter, dies Rennen, Schieben, Stoßen! Sie hatte manchen Puff bekommen, denn sie wendete und drehte immerwährend den Hals — es war so viel zu sehen! Und um die Menschen, mit denen sie stundenlang zusammengesessen, sich gar nicht bekümmert — jeder raffte sein Eigentum zusammen, jeder wollte rascher hinaus als der andere. Da fielen sich welche um den Hals und küßten sich und ließen sich gar nicht wieder los, da waren langdrückige Diener mit blühenden Knöpfen, wie solche vom gräßlichen Gut wohl mit Bestellungen zu ihnen hereinkamen, und da Offiziere und dort blauefellige Leute. Es war ja schlimmer, als wenn man sich auf dem Schützenhof in Wilrode bräuhge.

Aber immer weiter zog sie Herr Wentstern dem Ausgang des Potsdamer Bahnhofes zu — eine alte Frau schimpfte, die wäre beinahe von ihnen umgerannt.

„Ja, kleine Mente, hier in Berlin ist alles lebhaft, lebhaft!“

Und nun die große Treppe! Sie wäre fast beim ersten Schritt auf derselben gestrauchelt. Was sie da unten sah, das blendete und verwirrte sie völlig: So viele strahlende Laternen, hell wie Tageslicht, und unter denen mochte es hin und her — Fußgänger und Fahrenbe. Solch eine breite Straße da unten vor ihr und ein Hasten und Rollen darin, ein Klingeln und Klappern. Und die Häuser bis zum Himmel hinauf, daß man schwindlig wurde, um an ihnen in die Höhe zu sehen! Und da drüben weißer Lichtglanz und Bäume und Läden, Wagen und Karren — und ein Schreien und Schwirren!

Daß Menschen durch all das hindurchfinden konnten, das war so erstaunlich! Daß nicht alles auseinander und übereinander stürzte, überfahren, zu Boden gerannt wurde! Eine furchtbare Angst überkam sie —

„O je!“

„Na, heute müssen wir schon mal eine Droschke spendieren“, lachte der Reisende, „sonst fährt sich's auch gemütlich in der Pferdebahn — mit Glanz müssen wir ankommen, Fräulein Mente — was?“

Er hätte noch viel sagen können, sie hörte es doch nicht, sie staunte mit großen Augen all das Wunderbare an, an welchem sie vorüberglitten. Sie sah ganz ferngerade auf dem roten, abgeschabten Polster der Droschke zweiter Klasse — die Lichter, die Läden, die Menschen — und sie meinte, die müßten's ihr alle ansehen, daß sie nun aus Wilrode gekommen war, Mente Bernhard, um ihr Glück zu machen. Sie atmete tief auf! Ja, das mußte sie hier finden in dieser eigentümlichen Luft, die sich so beklemmend auf die Brust legte — und sie schüttelte den blonden Kopf. Aber was das Allersonderbarste war, daß sie gar kein bekanntes Gesicht sah, daß es so viele Menschen auf einem Flecken zusammen gab, und daß man nicht von einem den Namen wußte!

„Na, Mente?“

Ihr Beschäfer sah ihr in das erregte Gesicht.

„Wie man sich nur da durchfinden kann!“ sagte sie. Und dann staunte sie den Kutsher an, der ausbiegen und einklinken konnte.

„Dafür sind wir Berliner — und dann, das lernt sich!“

Der Platz, über welchen der Wagen bog, die Pferdebahnen, welche da aneinander vorbeiglitten, alle voll Menschen, die sich hinein- und herausdrängten! Und die Läden, Blumen, deren Duft bis zu ihr drang, und so viele Würste, wie sie nie zusammen gesehen hatte. Porzellan, Konditorwaren und Obst, und das alles so schön ausgelegt, so einladend.

(Fortsetzung folgt.)



# Umgestaltung der Weltpolitik.

Eine Rede Stresemanns in Dresden. — Kampf um die Einheit Deutschlands. — Vor Aenderung des Versailler Vertrages.

Der Dresdener der Deutschen Volkspartei in Dresden feierte das Fest des 50-jährigen Bestehens. Bei diesem Fest war der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, anwesend, der auch die Festrede gehalten hat. Zu Beginn seiner Ausführungen sprach er in der Hauptsache über die Entwicklung der ehemaligen national-liberalen Partei. Darauf gab er in großen Zügen ein Bild über die Entwicklung der Periode heißen Kampfes um die Einheit des Deutschen Reiches, das Bild einer Zeit in der Deutschland heute wieder lebt. „Wir kämpfen heute“, so sagte er, „um die Reichseinheit am Rhein und an der Ruhr, in Hannover und auch anderwärts. Dort überall wird die Entscheidung fallen, ob der Gedanke der Reichseinheit fest in uns verankert ist. Fest zu Deutschland stehen und sich zu ihm bekennen, ist eine größere nationale Tat und verrät eine vornehmeren Gesinnung, als in den einstigen Tagen des Glades. Wir leben, was die Pfälzer leiden wegen ihres deutschen Gedankens. Diese Menschen halten dem ohnmächtigen deutschen Lande die unverbrüchliche Treue. Große Worte machen in Zeiten, in denen wir keine Macht haben, ist richtig.“

Die Gleichmachungsbestrebungen der Revolution waren von verheerlicher Wirkung für das deutsche Volk. Jeder hat das Recht auf Achtung, aber nicht auf Gleichheit! Wo hätte da der Aufstieg? Wir müssen zurück zur Differenzierung. Ein großer Gut der Partei ist das Verhältnis und die Liebe zur alten Armee und zur Flotte und zu den Kolonien, an denen wir ein Recht vor Gott und den Menschen haben. Die Macht hat man uns genommen, aber das sittliche Recht dazu bleibt uns ewig. Man hat uns die allgemeine Wehrpflicht genommen, weil man den großen Wert dieser Erziehung erkannt hatte, die uns gerichtet werden mußte. Niemals hat es einen demokratischeren Gedanken gegeben, als in der allgemeinen Wehrpflicht. Abermals hat man nach der Revolution den Fehler gemacht, die Nachkriegszeit für so groß zu halten, daß man auf das Wertvolle der alten Zeit verzichten zu können glaubte.“

Weiter rechtfertigte der Minister die Politik der Deutschen Volkspartei. Wir dürfen, so führte er aus, auch in Deutschland nicht die Lösung vor der Gegenpartei verlieren. Wir müssen das vergiftende Parteigegensatz sein lassen. Die Zeit, in der wir leben, ist nur eine Episode der großen sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe. Wir stehen mitten in einem sozialen Zeitalter, wir stehen im Kampfe um die Neuorientierung der Weltanschauung. Eine Politik der Mitte ist denkbarer als die Politik der Extreme nach rechts oder links. Das Beste, was der Staat früher besaß, den Mittelstand, haben wir verloren. Das Unrecht, das diesen Schichten zugefügt wurde, muß wieder gutgemacht werden. Das größte Unglück für unseren Staat wäre die amerikanische Trübsenszeit der Industrie und Wirtschaft. Dagegen anzukämpfen wird meine vornehmste Aufgabe sein. Nur mit einer deutschen Volkseinheit ist die Befreiung des deutschen Volkes zu erreichen. Deswegen: Schafft diese Einheit! Wir verlangen Autokratie der Reichsregierung. Wir wollen keine Politik der großen Geister.“

Nachdem der Minister dann auf die Stabilisierungsversuche des näheren eingegangen war, begründete er die Politik, die er als Reichszugler betrieben hat, eine Politik, die vielen gegenüber eine Brutalität gewesen ist, die aber den Grundstein für die Zukunft legte und die Ordnung im Innern wieder herstellte. Die Verhängung des Ausnahmezustandes war notwendig. Die Verordnungen des „Vorwärts“ hätten den Plan einer neuen Weltrevolution von Sachsen aus klar bemessen.

## Angriffe gegen Mac Donald.

Die Angriffe gegen das Kabinett Mac Donald werden immer energischer und häufiger. Im Kabinett kam es zu einem Zusammenstoß mit der liberalen Opposition wegen der maximalen Baupläne. Die Opposition behauptet, daß weiterhin sehr lebhaft mit diesen Plänen. Der liberale „Star“ attackiert die früheren Reden Mac Donalds und weist darauf hin, wie sehr er sich bei der Regierungsbildung gewandelt habe. Der „Standard“ sagt, daß sich die Schwäche des Kabinetts immer deutlicher enthalte und daß die jetzige Regierung nicht nur eine Minderheitsregierung sei, sondern auch nicht einmal die Mehrheit der eigenen Anhänger vertreten könne. Nach einer Information des Blattes werden die neuen fünf Kreuze eine Wasserverdrängung von je 10.000 T. haben. Die gesamten Baukosten werden auf 5 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Die Neubauten sollen 3.000 Arbeitern wieder Beschäftigung geben.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Regierung mit den Konserverativen in der Frage der Wohnungspolitik. Bei der gestrigen Abstimmung war sie noch von den Konserverativen unterstützt worden.

Der Abgeordnete Dukes (Arbeiterpartei) brachte folgende Entschließung ein:

„Das Unterhaus ist der Auffassung, daß allen Witwen, die Kinder haben, und allen Waisen, deren Ernährer arbeitsunfähig wurde, Staatspensionen ausbezahlt werden, die es ihnen ermöglichen, ihren Kindern eine angemessene Erziehung angedeihen zu lassen.“

Nach den Schätzungen des Abg. Dukes würde diese Reform 20 Millionen Pfund jährlicher Ausgaben verursachen, die wohl eine große Summe sei, sich jedoch dadurch bezahlgemachen werde, daß die vielen verarmten Kinder zu arbeitenden Bürgern erzogen werden würden. Schatzkanzler Snowden erklärte, die Regierung trete trotz der schweren finanziellen Lage, die sie angetroffen habe, mit vollem Herzen für ein solches Gesetz der Gerechtigkeit ein. Nachdem Premier samtlicher Parteien zugunsten des Antrages gesprochen hatten, wurde er einstimmig angenommen.

## England und die Ruhrbesetzung.

### Versteifte Haltung Poincarés.

Die englische Presse befaßt sich mit den Einzelheiten der zu erwartenden Kommissionen. Das Dawes-Komitee soll von der Befreiung der deutschen Finanzlage einen sehr günstigen Eindruck erhalten haben und die Leistungsfähigkeit Deutschlands „optimistisch“ einschätzen. Daß derartige Meinungen seit dem Berliner Aufenthalt des Komitees in unterrichteten Kreisen freigegeben tatsächlich bemerkbar wurden, ist bereits vor einiger Zeit gemeldet worden. Die deutschen Gutshaben im Ausland sollen nach Pariser Informationen von dem zweiten Komitee auf 6 bis 7 Milliarden Goldmark geschätzt werden, was beinahe doppelt so hoch wäre wie die früheren Schätzungen Mac Kennas.

Die größte Schwierigkeit für die Reparationsberichte scheint nach immer in der Ruhrfrage zu liegen. Die französischen Sachverständigen wollen höchstens die wirtschaftliche Vereinfachung des Ruhrgebietes mit dem übrigen Reich empfehlen, ohne die Frage der militärischen Besetzung auch nur zu berühren. Dagegen werden von offizieller englischer Seite Drohungen laut, daß Mac Donald seine bisherige harte französische Haltung aufgeben werde, falls Paris nicht in den Vereinigten auf die Ruhrbesetzung einwillinge. Bisher scheint Poincaré gegenüber diesen englischen Wünschen ziemlich hartnäckig zu sein. Wichtigst denken die Pariser Berichte an, daß sich mit dem Nachlassen der inneren Krise in Frankreich eine Verstärkung der Haltung Poincarés bemerkbar mache.

Bemerkenswert ist eine Äußerung in einem Artikel der „Times“, daß die Gesundung der französischen Finanzen nicht möglich sei, so lange Paris deutsche Reparationsleistungen als sicheres Einkommen für das französische Budget betrachte. Wenn

Ebenso sicher ist, daß Deutschland von den fremden Mächten von drei Seiten bedroht gewesen wäre, wenn damals Bayern nach Berlin marschiert wäre. Die Reichsregierung denke nicht daran, den Ausnahmezustand in besonders gefährdeten Gebieten bühlig aufzuheben.

Deutschland müsse seine alten Kolonien wieder haben. Die Welt müsse wieder gut machen an Deutschland, was sie ihm angetan habe. Der jetzigen moralischen Isolierung Frankreichs werde möglicherweise eine völlige Umgestaltung der Weltpolitik in der Frage des Versailler Vertrages bald folgen. Zum Schluß sagte der Minister: „Wenn wir heute auch noch durch Nebel fahren, den Glauben an die Sonne müssen wir behalten.“

## Frankreich lehnt die deutsche Pfalznote ab.

Ein ungewöhnlicher Schritt. — Der deutsche Außenminister weist diese Kränkung Deutschlands energisch zurück.

Die gegenwärtige Sitzungsperiode des Deutschen Reichstages, mit dem Abschluß der dreijährigen Wahlperiode, ist zu Ende. In besonders wirkungsvoller Rede sagte Dr. Stresemann über die Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich und über die Art, wie Frankreich sich, entgegen den üblichen diplomatischen Formen, benimmt. Die letzte deutsche Pfalznote, in der erdrückendes Material für die Schuld Frankreichs an dem Separatistenaufstand beigebracht wurde, ist dem deutschen Botschafter von der französischen Regierung einfach zurückgegeben worden, mit der Bemerkung, daß eine derartige Note von Frankreich nicht angenommen würde.

Frankreich hat es abgelehnt, die deutsche Note entgegenzunehmen unter dem Vorwand, daß es sich nicht in Streitigkeiten der Deutschen hineinmischen gedente und an diesen Streitigkeiten nicht beteiligt sei. (Lebhaftes Entsetzensrufen.) Die französische Regierung verkündet, daß die Welt sich zerstückt haben, welche die französische Verleumdung über die Vorgänge in der Pfalz verbreitet hätte. Mit gespielter Objektivität hätte man es so dargestellt, als ob Separatisten und Pfälzer eine Einheit wären. Das ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Wenn die Franzosen sich an diesen Vorgängen nicht beteiligen wollten, dann wäre der Spul in 24 Stunden zu Ende. Wenn es zu Latein kommt, die zu beurteilen sind, so sind diese doch bei der Verleumdung der menschlichen Rechte eines Volkes durchaus verständig.

Die Stellung der französischen Regierung und des französischen Ministerpräsidenten ist auch deshalb bedauerlich, weil wir in einer Situation stehen, in welcher die Welt nach einer Lösung der großen Wirtschaft- und Finanzfragen sucht, einer Lösung, bei der man sich das Empfinden hegt, daß man ihr das einzige näherzukommen scheint. Niemand in Deutschland ersieht eine Verständigung. Wenn man dem deutschen Volke jammerte, die schwersten Lasten zu übernehmen, so kann diese Forderung nur gestellt werden, wenn das Volk weiß, daß es mit dieser Last die Freiheitlichkeit erwirbt, auf die es ein Recht hat.

Jetzt haben wir die Empfindung, als ob man uns gegenüber glaubt, diplomatisch in einer Weise verfahren zu können, wie man es nicht leicht einem anderen Staat gegenüber machen würde. Ein Mitglied des Hauses hat die Frage der Pfalz einen Kampf um Menschenrechte genannt. Was sich aus der Verweigerung der Menschenrechte ergibt, wird schließlich nicht fallen auf diejenigen, die man dadurch zur Verzweiflung treibt, sondern auf die Urheber.

es überhaupt Reparationen gäbe, dürften sie nur als unverschämter Glücksfall eingeschätzt werden.

## Internationale Konferenz über den Achtstundentag?

Angeblicher Plan der englischen Regierung. — Bedenken des Internationalen Arbeitsamtes.

Wie hier bekannt wird, beabsichtigt die englische Regierung am 21. März eine internationale Konferenz über die Frage des Achtstundentages einzuberufen. In Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes heißt dieser Plan jedoch auf starke Bedenken, da nicht eine Regierungskonferenz, sondern nur eine tagungsgemäße internationale Arbeiterkonferenz mit Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Neuverteilung der durch das Washingtoner Abkommen geregelten Frage des Achtstundentages zuständig sei. Auch heißt es, daß eine andere Großmacht den Plan einer solchen Konferenz bekämpfen würde. Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler hat sich gestern in Absprache mit dem gegenwärtig in Polen weilenden Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Thomas nach London begeben, um mit der englischen Regierung über diese Fragen zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen gilt es als nicht ausgeschlossen, daß immerhin eine Regierungskonferenz in engem Rahmen dadurch ermöglicht werde, daß man an den künftigen Reichstag Österreichs der bedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend den Achtstundentag anknüpft. Österreich hat sich zur Ratifizierung bereit erklärt, falls auch elf benachteiligte andere Staaten das Abkommen ratifizieren. Die Regierungskonferenz würde damit, so heißt es, eine Konferenz dieser elf Staaten werden.

### Aus Birmasens.

Die bisher aus Birmasens gemeldeten Einzelheiten werden jetzt durch einen amtlichen Bericht bestätigt. In diesem Bericht heißt es u. a.:

Bei dieser Pfalzherbe war aber auch kein rechtsrheinischer „Nationalist“, wie die französischen Blätter wahr haben wollen, zu sehen. Am Morgen des Schredensstages vielmehr dachte noch niemand an einen solchen Ausgang. Die beteiligten Personen können, wenn nötig, unter Eid versichern, daß die Sache nicht einmal vorbereitet war, sondern in rein spontaner Weise aus der Verdrößerung herausgewachsen ist.

Obwohl die französischen Behörden immer wieder behaupteten, die Separatistenfrage sei eine rein deutsche Angelegenheit und angehe sie nichts an — dies erklärten sie bei den fast täglichen Redaktionen durch die Separatisten, bei Währungsfragen, Einbüchsen, Birmasens Bürger verhalten — haben sie bis jetzt 40 Birmasens Bürger verhaftet, darunter unbestätigte Verwaltungsbeamte. Wer beteiligt war, hat nur aus Notwehr oder Notwehr gehandelt. Die Verhafteten werden von der Kriminalpolizei zum Teil in unmenschlicher Weise mißhandelt. So gegen dann die Unterzeichneten Birmasens Bürger.

## Um Ungarns Sanierung.

Die ungarische Krone hatte in der letzten Zeit wieder eine ganze Reihe schwerer Tage erlebt. Die Notierung stieg, und die Notierung an den Börsen des Auslandes wurde immer schlechter. Eine neue Wirtschaftskatastrophe war im Anzuge. Die Gefahr ist noch nicht ganz vorbei. Am Sonnabend hat die ungarische Regierung von der Reparationskommission eine antizipierte Verständigung erhalten, daß die Pfandrechte aus dem Friedensvertrag für die Dauer von zwanzig Jahren aufgehoben sind. Diese günstige Entscheidung scheint eine gute Voraussetzung dafür zu sein, daß die in der letzten Zeit herrschende wirtschaftliche Entwicklung Ungarns ruhigeren Verlauf nehmen wird. Der Beginn der Sanierung Ungarns ist somit in greifbarer Nähe. Nach dem Wiederaufbauplan wird Ungarn eine Anleihe aufnehmen, deren Betrag nicht über 250 Millionen Goldkronen hinausgehen darf und in spätestens zwanzig Jahren zurückgezahlt sein mußte. Ungarn übernimmt außerdem für

irrigige Anleihen, die es nach Flüssigmachung der Hauptanleihe zurückzahlen hat. Befreit von dem Pfandrecht sind die Goldkronen, das Tabak- und Salzmonopol, die Zuckerteuer und alle sonstigen Einnahmen, mit Ausnahme der Staatsbahn. Ungarn hat vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1923 folgende Zahlungen zu leisten: In den ersten zwei Jahren Sachleistungen oder Bargeldzahlungen, deren Wert dem von 880.000 Tonnen Kohlen gleichkommt, in den folgenden Jahren insgesamt 179 Millionen Goldkronen. Der in Aussicht genommene Finanzkontrolleur Harding, der ehemalige Vorsitzende des amerikanischen Federal Reserve Board (Bundesbankrat), dürfte binnen kurzem in Budapest eintreffen. Diese Entscheidung der Reparationskommission hat der Finanzlage ein ganz neues Gepräge verliehen. Die Devisenzentrale hat heute für die industriellen Devisenansprüche drei Millionen und für kaufmännische Zwecke zwei Millionen Schweizer Franc zur Verfügung gestellt. Sie hat gleichzeitig mit dem Abbau der bisherigen Devisenbewirtschaftung begonnen, die fremden Devisenkurse heute fast um 100 Prozent heraufgesetzt und sie den tatsächlichen Devisenkursen entsprechend festgesetzt. Das bisherige Aufgeld hat heute aufgehört. Auf dem Lebensmittelmärkte nimmt die Steigerung der Preise ihren Fortgang. Der Zucker kostet schon das Doppelte wie in Wien.

### Ungarische Staatsanleihen.

Die Schutzbereinigung der Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen in Berlin verbreitet folgende Benachrichtigung, die der größten Aufmerksamkeit wert ist:

Anfang Dezember 1923 hat die Geldinstitutszentrale in Budapest in einem Brief schreiben an ihre Mitglieder sich bereit erklärt, die ungarischen notifizierten Stücke der Vorkriegs- und Kriegsanleihen zu übernehmen. Der Ankauf der Kriegsanleihen erfolgte für ungarische Staatsangehörige zu 80 Prozent, für deutsche Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz außerhalb Ungarns zu 100 Prozent des Nennwerts, der Ankauf für Vorkriegsanleihen zu 100 bzw. 300 Prozent. Das Angebot lief bis 31. Dezember 1923. Die Schutzbereinigung ist an die Geldinstitutszentrale wegen Verlängerung und Erhöhung der Offerte sowie Modifikation für die deutschen Eigentümer herangerufen. Die Geldinstitutszentrale hat die Frist für das Angebot bis zum 29. Februar 1924 verlängert und das Angebot für 4proz. 1910er, 4proz. 1918er und 1914er Rente, 4proz. Grundrentenobligationen, 4proz. Budapest-Büchsenfabrik Eisenbahnobligationen von 1889 und 5½proz. ung. Staatsanleihen, fällig 1. Oktober 1919, von 100 Proz. auf 200 Proz. erhöht. Bei den übrigen Vorkriegsanleihen bleibt es bei dem in der Degenerationsofferte festgesetzten Übernahmekurs von 300 Proz., bei den Kriegsanleihen von 100 Proz. Ungarisch notifizierte Stücke derjenigen Vorkriegsanleihen, für welche die Gesamtheit der Nachfolgeschafften haftet, werden für deutsche Eigentümer kaum in Frage kommen, da wohl anzunehmen ist, daß die deutschen Eigentümer ausnahmslos von der Möglichkeit des Protestes gegen die ungarische Abstempelung (Notifizierung) Gebrauch gemacht haben. Als ungarische Vorkriegsanleihen, die laut Entscheidung der Reparationskommission Ungarn allein zur Last fallen, kommen die nachstehenden drei Gattungen in Frage, welche die Geldinstitutszentrale auch ohne ungarische Bezeichnung übernimmt, sofern die den Ankauf vermittelnden deutschen Bankinstitute bestätigen, daß die Eigentümer außerhalb Ungarns wohnende deutsche Reichsangehörige sind: 4proz. Bud.-Büchsenfabrik Eisenbahn-Obl. von 1889 nom. 50 fl. mit 200 Kr., 5½proz. ung. Staatsanleihen, fällig 1. Oktober 1919 nom. 100 Kr. mit 200 Kr., 4proz. Ung. Reichsregul. und Szeged. Präm.-Anleihe v. 1889 nom. 100 fl. mit 300 Kr.

## Letzte Meldungen.

### Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetregierung.

Moskauer Blätter melden, daß Österreich die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetregierung wieder aufgenommen hat. Eine entsprechende Note, die zugleich die Anerkennung der Sowjetregierung de jure ausdrückt, soll schon aus Wien nach Moskau unterwegs sein.

### Wird die Zollgrenze aufgehoben?

Essen, 24. Februar. Wie aus Frankfurt dem „Neuen Rotterdamschen Courant“ gemeldet wird, scheint Frankreich in die vom Industriellen-Ausschuß für die besetzten Gebiete empfohlene Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet einwilligen zu wollen. Die französischen Zollbeamten haben anscheinend Anweisungen erhalten, um gegebenenfalls sofort abzureisen zu können. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Sie ist daher mit Vorbehalt aufzunehmen.

### Das französische Notgesetz angenommen.

Paris, 24. Februar. Nachdem die Kammer den ganzen Tag und die ganze Nacht beraten hatte, wurde das Notgesetz mit 354 Stimmen gegen 218 Stimmen angenommen. Poincaré benutzte die Gelegenheit, um auf die Angriffe wegen seiner Ruhrpolitik zu antworten. Er erklärte, daß nunmehr befriedigende Ergebnisse zu erhoffen sind. Nur die Befreiung der Ruhr hätte Deutschland zur Vernunft gebracht. — Der Ministerpräsident hat den General Degoutte und den Kriegsminister Maginot empfangen. Nach dem „Echo de Paris“ ist die Lage in Deutschland besprochen und im Hinblick auf die Berichte der Sachverständigen die Frage erörtert worden, welche Konzeptionen Frankreich im Ruhrgebiet machen könne, „ohne entwafract zu werden“.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Voerenthal. Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Voerenthal; für den übrigen politischen Teil Robert Syra; für Stadt und Land Rudolf Verbeek; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Syra; für den Anzeigenenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Posen.

**Graue Haare**  
beseitigt dauernd unbemerkt  
„Orientine“  
und gibt ihnen die natürliche Farbe wieder, Glanz und Weichheit; einfach im Gebrauch, unbedingt unschädlich.  
Überall erhältlich.  
**Parfumerie d'Orient, Warsowia.**







Heute 3. Serie! der Gräfin von Paris unter dem Titel „Flammende Herzen.“ Kino Apollo.



